

## Ein Luxemburgisches Modell für die Prostitution

In allen Ländern der Welt wird die „Prostitution“ unterschiedlich rechtlich geregelt und in keinem Land ist man mit dem Ergebnis zufrieden. Scheint es also keine Patentlösung im Bereich der Prostitution zu geben? Der Gang zu Prostituierten soll strafbar werden, fordert das Europaparlament. Nicht nur Zwangsprostitution sondern auch freiwillig angebotene sexuelle Dienstleistungen gegen Bezahlung verletzen die Menschenrechte, meint das Parlament (FORMAT, 2014).

In Schweden wird der Freier bereits seit längerem bestraft. Das „schwedische Modell“ wird allerdings nur in Schweden als teilweise positiv „verkauft“. Die Polizei und die politischen Verantwortlichen erwecken den Eindruck, dass die Straßen nicht mehr von Prostituierten aufgesucht werden. Dies stimmt nur zum Teil, da Studien belegen, dass in den Gebieten, in denen die Prostitution früher sichtbar war, heute die Prostitution sich in private Mietwohnungen verlagert hat. Das Problem wurde also nur aus der Öffentlichkeit in Hinterhöfe und in die Illegalität verdrängt. In der Verborgenheit haben es Kriminelle leichter Frauen zu Sexdienstleistungen zu zwingen. Die Polizei gibt mittlerweile in Schweden zu, dass sie den Menschenhandel und die illegalen Aktivitäten nicht mehr überblicken kann, seitdem es das „Schwedische Modell“ gibt. Außerdem boomen in Schweden Sexanzeigen im Internet, genauso wie eine Erhöhung der Prostitution innerhalb der Grenzregionen zu verzeichnen ist.

In Frankreich, nach dem zweiten Weltkrieg einst Vorreiter mit seinen tausenden verschiedenen Bordellen, ist die Prostitution verboten. England und Wales verfolgen eine „Zero-Tolerance“ Politik im Bereich der Prostitution.

In Deutschland gibt es seit 2002 das Prostitutionsgesetz. Es sieht vor, dass Prostitution staatlich reguliert wird, indem die Tätigkeit als normaler Beruf anerkannt wird. Diese Regelung hat auch positive Seiten, weil die Frauen und Männer Zugang zu Krankenversicherung und sonstige Leistungen erhalten haben.

Jedoch wird dieses Gesetz aus gutem Grunde stark kritisiert. Deutschland ist regelrecht als „Fabrik des Menschenhandels“ bekannt geworden. Kriminelle Organisationen, vor allem aus Europa, nutzen das Prostitutionsgesetz aus, um Frauen und Mädchen, überwiegend aus Osteuropa, unter einem legalen Aufwand, auszubeuten. Die staatliche Gewalt hat keinen Überblick mehr, wer ausgebeutet wird und wer nicht. Flatrate-Angebote: wie „Für 50 Euro alles inklusive mit Burger – extra WM-Angebot“, lassen das Grundrecht wie Menschenwürde als unwichtig wirken. Der Staat interessiert sich mittlerweile „nur“ ob die notwendigen Steuern der Bordelle eingetrieben werden inklusive Ordnungsamt: Was hinter den Kulissen

passiert, bleibt verborgen. Auch die fakultative Meldepflicht wird kritisiert, da sich seit dem Einführen des Gesetzes (seit mittlerweile 15 Jahren) erst 30 Frauen, bei den Behörden gemeldet haben.

Laut der luxemburgischen Polizei wäre die Legalisierung der Prostitution die schlechtest mögliche Lösung. Bis jetzt haben die Polizisten sehr gute Kontakte zu den Frauen und können größere Ermittlungen leiten, um gegen den Menschenhandel vorzugehen. Bei einer Legalisierung würden wir Zuhälter rechtlich zu Geschäftsmännern machen, Frauen keine EXIT-Möglichkeiten mehr bieten und sie schutzlos den Händen von Menschenhändlern überlassen.

Menschenrechtsorganisationen fordern eine Änderung des deutschen Gesetzes, da es gravierende Folgen der Menschenrechte beinhaltet. Da es jedoch falsch wäre es in die Illegalität zu vertreiben braucht Luxemburg, auch wegen seiner geographischen Lage, ein luxemburgisches Modell:

Die CSJ stellt sich klar gegen die Meinung der JDL, die sich für eine Legalisierung des Berufs aussprechen und somit rechtlich zulassen möchten, dass junge Frauen Opfer von sexueller Ausbeutung werden!

#### **DIE CSJ FORDERT:**

- Die Zuhälterei muss weiterhin verboten sein. Zuhälter dürfen nicht rechtlich geschützt und als Geschäftsmänner umbenannt werden.
- Luxemburg sollte ein luxemburgisches Modell ausarbeiten, indem es die Prostitution nicht verbietet. Wir unterstützen den „Plan d’action national Prostitution“, indem junge Frauen und Männer sich sozialversichern lassen können, auch wenn der Beruf nicht anerkannt werden soll, und vom Sozialwesen profitieren. Der „Beruf“ darf auf keinen Fall anerkannt werden, da sich ansonsten die Situation von den Betroffenen verschlechtert!
- Wir fordern mehr Polizisten für die Abteilung Moeurs, um effektiver gegen Menschenhandel vorzugehen. Weiter müssen Strukturen wie das DROPIN mit mehr Personal ausgestattet werden, um alle Frauen und Männer in Not adäquat zu versorgen. Es müssen mehr Streetworker eingestellt werden, mit verschiedensten Sprachkenntnissen, die den Zugang zu den Frauen ermöglichen.
- Es müssen Infrastrukturen gegründet werden, die von Sozialarbeitern und Psychologen geleitet werden. Eine tolerante und akzeptierende Atmosphäre muss im Vordergrund stehen, wo Menschen zu Bezugspersonen Vertrauen aufbauen können und hygienische Standards respektiert werden.
- Mit dem Tolerieren der Prostitution brauchen die Frauen und Männer sich nicht von der Polizei zu verstecken, oder zu fliehen. Sie sollten die Polizei als Helfer und Unterstützer anerkennen und nicht als Verfolger. So hat die Staatsgewalt auch einen

besseren Zugang ins Milieu, Kontakte können geknüpft werden und die jungen Frauen und Männer wissen an wen sie sich, im Falle eines Problems, wenden können.

- Luxemburg soll und darf nicht, wie von der JDL gefordert, aus der Konvention von New York austreten, da es die Aufgabe der Politik und des Staates ist, Menschen vor Ausbeutung zu schützen und Menschenhandel zu unterbinden!

*Angenommen auf dem CSJ-Nationalkongress 2017 in Bettemburg*